

Die digitale Gesellschaft und ihre Feinde

Im Kampf gegen den Terrorismus darf der Staat die Freiheit, die er schützen soll, nicht opfern.

Was ist das Internet - das ist die Frage, die sich mit jeder Minute auf Facebook stellt, mit jedem Einkauf bei Amazon, mit jeder Google-Suche, jeder WhatsApp-Nachricht, jedem Tumblr-Bild.

Was ist das Internet - das ist auch die Frage, die Edward Snowden stellt und die ihn bewogen hat, das zu tun, was er getan hat: seine Freiheit zu riskieren, Sicherheit und Wohlstand zu opfern für etwas, das größer ist als er selbst, wie er sagt.

Das Internet, das ist die eine Antwort, ist ein Möglichkeitsraum, wo die Menschen über Grenzen, Generationen und Geschlechter hinweg kommunizieren können: ein Idealzustand, selbst wenn das Netz schon in den Neunzigerjahren kontrolliert wurde, gefühlte Freiheit.

Das Internet ist damit, und das ist die zweite Antwort, immer auch eine Freiheitszumutung: schwer erträglich für Geheimdienste wie die NSA, eine einzige kapitalistische Verlockung für neue Monopolisten wie Facebook oder Google.

Denn das sind die beiden Fronten, von wo aus die Freiheit im Internet gerade gefährdet ist: Firmen, die das Leben ihrer Nutzer kommerzialisieren und daraus ein Geschäftsmodell entwickelt haben, und Regierungen, die ihre Bürger überwachen und diese Überwachung absolut setzen.

Und so verwandelt sich der Mensch durch das Internet: Er wird einerseits zum idealen Kunden, er wird andererseits zur möglichen Gefahr.

Beides ist ein Problem. Wenn sich aber Firmen und Regierungen zusammentun, um das Internet noch mehr zu kontrollieren, und dafür in das Leben der Bürger eingreifen, dann ist die Schmerzgrenze für die Zivilgesellschaft erreicht.

Wenn der Bundesnachrichtendienst zum Beispiel von privaten Unternehmen das Wissen einkauft, welche Software wo eine Schwachstelle hat, und dieses Wissen dann nicht dazu nutzt, um diese Schwachstelle zu korrigieren, sondern daraus auch noch Vorteile bei seiner Kontrolle des Internets zieht - dann macht er das Netz für uns alle unsicherer.

Und wenn die Bundesregierung nicht nur die Arbeit des NSA-Untersuchungsausschusses behindert, so gut sie kann, sondern den Kampf gegen IS nutzt, um die globale Überwachung durch die USA oder Großbritannien herunterzuspielen - dann folgt sie der Bedrohungslogik der Sicherheitsbehörden.

Dazu passt auch, dass der neue Chef des britischen Geheimdienstes GCHQ, Robert Hannigan, in der vergangenen Woche meinte, das Internet sei das "bevorzugte Kommando- und Kontroll-Netzwerk" der Terrorgruppe. Er meinte damit die Art, wie IS Twitter oder Facebook für

Propaganda und Rekrutierung nutzt: Während des Marsches auf Mossul etwa wurden pro Tag 40 000 Tweets verschickt.

Er meinte aber vor allem: Twitter, Facebook und all die anderen Internetunternehmen müssten unbedingt mit den Regierungen stärker kooperieren im "Krieg gegen den Terror".

Aber das ist die fatale Logik dieses Krieges, dass ein Staat die Freiheit, die er verteidigen soll, einschränkt und grundsätzlich gefährdet. Dann wird jeder Einzelne aus Prinzip suspekt. Was er macht, was er denkt, wo er ist, mit wem er sich trifft - alles könnte wichtig, alles könnte bedrohlich sein: So entsteht der Verdachtsstaat, der dem Gründungsmythos des Staates als freie Gemeinschaft freier Bürger diametral entgegensteht.

Diese Logik beruht auf dem Irrtum, dass die digitale Technologie alles für alle verändert hat. Schon wahr, sie hat vieles verändert, aber daraus folgt nicht, dass jetzt alles anders werden muss.

Geändert hat sich im Positiven die Möglichkeit der Kommunikation und im Negativen die Möglichkeit der Kontrolle. Geändert hat sich aber nicht, dass Grundrechte vom Staat unter keinen Vorbehalt gestellt werden dürfen, wenn es ihm notwendig erscheint.

Eine freie Gesellschaft muss die Freiheit auch aushalten, denn man kann über das Internet genauso gut Grundschulunterricht in entlegenen Gegenden Afghanistans organisieren, wie man Dschihadisten in Europa für IS anwerben kann.

Das eine vom anderen zu trennen ist nicht die Aufgabe des Internets, sondern der Politik. An ihr liegt es, im Rahmen der Rechte, die sie schützen muss, die Freiheit des Einzelnen zu bewahren, anstatt sie im Bedarfsfall einzuengen.

Dieses emphatische Ethos hat auch Edward Snowden angetrieben. Die Dokumentation "Citizenfour", die gerade in die Kinos gekommen ist, gedreht von Laura Poitras, die auch für den tätig ist, zeigt ihn sympathisch, entschlossen und bescheiden, einen typischen jungen Amerikaner, der über den Allmachtswahn der Geheimdienste Bescheid weiß und dagegen aufsteht. Dank seiner Enthüllungen wissen wir, dass IS nur die eine Seite der Bedrohung für die freiheitliche Grundordnung ist - dass aber auch Geheimdienste diese Grundordnung auf ihre Weise bedrohen können.

Lothar Späth mit Hybridantrieb

Warum die Grünen auf einem Irrweg sind.

Wer sagt: „Innovationsgeist, Unternehmertum und der Wettbewerb um neue Lösungen und Produkte sind Ausdruck wirtschaftlicher Freiheit“? Wer ist der Meinung, dass „Kinder in den Mittelpunkt der Familienpolitik“ gehören? Wer möchte den Menschen die Lust an einem saftigen Steak auf keinen Fall verderben? „Ob jemand am Donnerstag Fleisch isst oder nicht, ist uns herzlich egal.“

Wenn auf dem Programm für den Parteitag Ende dieser Woche nicht das Symbol der Grünen stünde, die Sonnenblume, dann könnte man es leicht für ein Papier aus der Feder Angela Merkels halten: „Wir fordern eine seriöse Haushaltspolitik“, heißt es dort. Das fordert die Kanzlerin auch.

Lange reichte es den Grünen nicht, einfach nur gewählt zu werden, das unterschied sie vom Kanzlerwahlverein CDU. Sie wollten die Wirklichkeit gestalten. Jetzt aber traut sich die Partei nicht mehr, den Deutschen einen fleischlosen Tag zu empfehlen. Sie ist auf dem besten Weg, eine zweite CDU zu werden. Es ist ein Irrweg.

Die Grünen, so viel kann man sagen, haben Deutschland in den vergangenen 30 Jahren verändert wie keine andere Partei. Ohne sie hätte es keinen Atomausstieg gegeben und keine Energiewende, sie haben dafür gesorgt, dass den Deutschen die Lust an Getränkedosen verging und sie sich klaglos fünf Mülltonnen in die Garage stellten. Die Grünen waren es, die den SPD-Kanzler Gerhard Schröder dazu brachten, ein Gesetz für die Homohe auf den Weg zu bringen; und wenn die Große Koalition demnächst die Frauenquote verabschieden sollte, dann liegt das auch daran, dass die Grünen so lange gedrängelt haben.

Nun sind die Grünen in der politischen Mitte angekommen, und niemand steht für ihre Zähmung so wie Winfried Kretschmann, der Ministerpräsident Baden-Württembergs. Kurz vor seiner Wahl im Jahr 2011 sagte er noch, weniger Autos seien besser als mehr. Das war der letzte grüne Satz, der ihm über die Lippen kam. Seit er im Amt ist, versteht sich die örtliche Industrie blendend mit ihm, die Autobauer im Südwesten sind auch unter einer grün-roten Landesregierung Weltklasse im Verfertigen tonnenschwerer Geländewagen. Wer ist Kretschmann, diesen Standortvorteil infrage zu stellen? Man mag das für cleveren Pragmatismus halten. Aber wozu braucht es einen grünen Ministerpräsidenten, wenn er am Ende nur eine Art Lothar Späth* mit Hybridantrieb ist?

Vor ein paar Tagen sagte Kretschmann: „Ich bestreite nicht, dass die CDU eine klassische Wirtschaftspartei ist. Shakespeare, Homer und Goethe sind auch Klassiker. Aber das heißt ja nicht, dass es danach keine Schriftsteller mehr gegeben hat.“ Kretschmann will sich also gar nicht von der CDU absetzen. Er will sie beerben. Auf den ersten Blick mag das gar keine so schlechte Idee sein in einem Land, wo die Mülltrennung als Fortsetzung der Kehrwoche mit anderen Mitteln gilt.

Und machtpolitisch ist es klug, wenn Kretschmann und seine Anhänger bei den Realos darauf drängen, sich im Bund auf eine Koalition mit der Union vorzubereiten. Denn eine Alternative dazu gibt es nicht. Wer glaubt ernsthaft, dass die Linke so vernünftig wird, dass sie im Jahr 2017 eine rot-rot-grüne Regierung mittragen kann?

Aber gerade wenn die Grünen im Bund mit der Union koalieren wollen, müssen sie klarmachen, was sie in diesem Bündnis eigentlich erreichen wollen. Die Berliner Spitzengrünen wirken im Moment so zaghaft, dass man sie sich schon jetzt prima als stille Helfer der Kanzlerin vorstellen kann. Der brave Cem Özdemir hat alle Anlagen, in einem Kabinett Merkel dem traurigen Schicksal Philipp Röslers** zu folgen.

Der Charme der Grünen bestand lange darin, dass sie den Mainstream der Gesellschaft infrage stellten, ihr Erfolg beruhte auch darauf, dass sie Antworten auf Fragen gaben, die in den anderen Parteien noch nicht einmal gestellt wurden. Früher sagten die Grünen, ein Land ohne Atomkraft sei möglich. Heute haben sie die Lust an der Illusion verloren. Es ist kein Zufall, dass die Realos den alten linken Spitzenmann Jürgen Trittin verfolgen wie die heilige Inquisition einen Häretiker. Denn in Trittin steckt noch jener Veränderungsgeist, den die Vertreter des Realo-Flügels inzwischen für parteischädigend halten.

Es war für die Grünen schon immer verlockend, auf jene Wähler zu setzen, die die Partei nicht wegen ihres Programms wählen, sondern zur Erleichterung ihres Gewissens. Wer im Winter gern in die Sonne reist, aber mit schlechtem Klimagewissen in den Flieger steigt, dem bieten die Grünen in der Wahlkabine Trost und Entlastung. Aber es ist für die Grünen gefährlich, allein auf die Wellness-Anhänger zu setzen: Denn die Partei wird auch deshalb gewählt, weil sie das Image der Aufsässigkeit besitzt. Wenn sie in den Ruch kommt, es gehe ihr nur noch um die Macht, dann wird es auch in den noblen Vierteln von Stuttgart uncool, sich zu den Grünen zu bekennen. Dann kann man gleich das Kreuz bei der CDU machen.

* Lothar Späth: CDU-Ministerpräsident von Baden-Württemberg von 1978 bis 1991

** Philipp Rösler: Vize-Kanzler und Bundeswirtschaftsminister (FDP) von 2011 bis 2013 (Kabinett Merkel II)

„Die Forderungen sind erfüllt“

Reparationen. Völkerrechtsprofessor Frank Schorkopf, 44, über Ansprüche Griechenlands. Interview von Dietmar Hipp.

SPIEGEL: Herr Schorkopf, die Bundesregierung will keine Reparationen an Griechenland leisten, sie bezeichnet das Thema als „rechtlich und politisch abgeschlossen“. Stimmen Sie zu?

Schorkopf: In der Sache hat die Bundesregierung meiner Meinung nach recht. Das Problem ist aber: Dieser Verweis auf formale rechtliche Standpunkte befriedet die Diskussion gegenüber Griechenland nicht mehr. Man sollte breiter argumentieren.

SPIEGEL: Inwiefern?

Schorkopf: Bei Reparationsforderungen geht es ja um Transferleistungen, sei es zwischen zwei Staaten wegen der allgemeinen Kosten des Krieges, sei es gegenüber Privatpersonen, vor allem wegen Kriegsverbrechen. Diese Fragen haben neben der rechtlichen eine moralische Komponente. Und wir erleben im Moment, gerade zwischen Griechenland und Deutschland, eine starke Moralisierung der Staatsbeziehungen. Da kommt man mit einer formaljuristischen Argumentation nicht weit.

SPIEGEL: Der griechische Premier Alexis Tsipras beschwert sich, die Deutschen würden nur schweigen und tricksen...

Schorkopf: ... und verdreht die Zusammenhänge. Griechenland hätte spätestens nach Abschluss des sogenannten Zwei-plus-Vier-Vertrags 1990 Reparationsansprüche anmelden müssen. Das hat die griechische Seite jedenfalls nicht rechtzeitig getan. Dieses Schweigen kann jetzt mit guten Gründen als Billigung, als Verzicht auf Reparationen ausgelegt werden. Der wichtigere Gedanke ist, dass es einen naheliegenden Grund für das Schweigen gab.

SPIEGEL: Welchen?

Schorkopf: Die Bundesrepublik hat über die vergangenen Jahrzehnte enorme Transferleistungen erbracht, auch gegenüber Griechenland – zwar nicht als Reparationen, aber im Zuge der europäischen Integration. Wir sprechen von einem hohen zweistelligen Milliardenbetrag, diese Summe erreicht ohne Weiteres die Höhe möglicher Reparationszahlungen. Griechenland konnte immer mit Unterstützung rechnen. Als das Land 1981 in die Europäische Gemeinschaft aufgenommen wurde, war es ein Wackelkandidat. Und 2001, bei der Aufnahme Griechenlands in die Wirtschafts- und Währungsunion, hat man nicht so genau hingeschaut, als die Griechen dafür ihre Bilanzen fälschten.

SPIEGEL: Das klingt nach einem Deal: Verzicht auf Reparationen gegen Aufnahme in die Währungsunion?

Schorkopf: Vielleicht nicht so direkt. Aber unausgesprochen war doch eine Art Geschäftsgrundlage, dass Deutschland durch den damit verbundenen Wohlstandstransfer auch seiner Verantwortung aus dem Zweiten Weltkrieg gerecht wird. Das sogenannte Wirtschaftswunder wurde ja gerade auch dadurch möglich, dass man im Londoner Schuldenabkommen von 1953 die Reparationsfrage zurückgestellt hatte – und zwar ausdrücklich, damit die Bundesrepublik prosperieren konnte. Davon haben dann im Zuge der europäischen Integration zu Recht andere Staaten, und besonders auch die Griechen, profitiert. Das war eine kluge und moderne Form, die

Reparationsfrage zu lösen. Damit sind, meine ich, Reparationsforderungen nicht nur formaljuristisch abzulehnen, sondern auch wirtschaftlich, politisch und moralisch als erfüllt anzusehen.

SPIEGEL: Warum hat die Bundesrepublik die Griechen nie formal zum Verzicht auf Reparationen aufgefordert?

Schorkopf: Manches wurde ja abschließend geregelt, etwa Entschädigungen für zivile Opfergruppen. Dafür hat der griechische Staat Geld erhalten. Und es war offenbar lange Zeit beiden Seiten recht, nicht mehr an alte Wunden zu rühren.

SPIEGEL: Was ist mit dem Zwangskredit der griechischen Zentralbank von 1942, über den so viel diskutiert wird?

Schorkopf: Das war kein normaler Vertrag, schon weil er zinslos war. Damit fällt er für mich in den Bereich der Reparationen, das Thema wäre also auch abgeschlossen. Wenn man das anders sieht, dürften die Griechen nur die Rückzahlung des Kredits verlangen, aber keine Zinsen.

SPIEGEL: Wenn die Griechen weiterhin ihre Forderungen als berechtigt ansehen: Dürfen sie Eigentum der Bundesrepublik auf griechischem Boden, etwa das Goethe-Institut, beschlagnahmen?

Schorkopf: Völkerrechtlich: nein. Wenn sie es trotzdem tun, könnte Deutschland vor den Internationalen Gerichtshof ziehen.

SPIEGEL: Ginge das auch umgekehrt, zur Klärung der Reparationsfrage?

Schorkopf: Nur wenn Deutschland sich einem solchen Verfahren gesondert unterwirft, denn hier geht es um Rechtsfragen aus der Vergangenheit. Ich glaube aber nicht, dass die griechische Regierung daran ein Interesse hätte: Ein solches Verfahren würde viele Jahre in Anspruch nehmen, das hilft Griechenland jetzt nicht.

SPIEGEL: Aber vielleicht später.

Schorkopf: Es mag hart klingen: Selbst wenn Griechenland eines Tages in der Reparationsfrage Recht bekäme, gibt es ja neben den angesprochenen Wohlstandstransfers immer noch die prekären Kreditbeziehungen. Griechenland schuldet der Bundesrepublik rund 60 Milliarden Euro. Bevor ein Euro für weitere Reparationen nach Griechenland fließt, könnte die Bundesregierung diese Forderungen gegenrechnen.

Extremismus der Erregung

Die Mediengesellschaft braucht Regeln zur Wahrung der Besonnenheit in besinnungslosen Zeiten. Von Bernhard Pörksen*

Es ist ein Gefühl des Entsetzens, das nun, da die Live-Ticker wieder schweigen, die Sondersendungen und Spezialausgaben verschwunden sind, zurückbleibt. Was ist eigentlich passiert? Der Pilot Andreas L. hat sein Flugzeug zur Waffe gemacht, und nach allem, was man weiß, bewusst 149 Menschen und sich selbst getötet. Aber ganz sicher kann man auch jetzt, in jenen Stunden, da dieser Text geschrieben wird, nicht sein. Noch sind die Ermittlungen nicht abgeschlossen. Noch fehlt, obwohl sich inzwischen die Indizien eindeutig zum Bild der bewussten Tat verdichten, ein klar erkennbares Motiv, das den Schrecken des Unerklärbaren zumindest erklärbar machen und damit scheinbar bannen könnte. Und noch weiß man nicht genau, wie man von Andreas L. sprechen soll – vielleicht verharmlosend von einem Kranken, vielleicht von einem Massenmörder, wie andere meinen, vielleicht von einem depressiven Menschen, der eben, weil er die Therapie verweigerte und im Suizid gänzlich Unbeteiligte absichtlich in den Tod riss, auf entsetzliche Weise schuldig geworden ist.

Aber was wir mit Sicherheit wissen, ist, dass auf die Katastrophe des Flugzeugabsturzes, online wie offline, ein Ausbruch medialer Hysterie folgte, ein allgemeines Ad-hoc-Reagieren und permanentes Sofort-Komentieren, das niemanden sonderlich gut aussehen ließ.

Die Journalisten nicht, die trauernde Angehörige und geschockte Schüler fotografierten und filmten. Die Experten und Pseudo-Experten nicht, die wild über technische Ursachen, ein vermeintliches Gewitter in den französischen Alpen oder die Seelenlage des Piloten spekulierten. Aber auch die Medienkritiker und die professionellen Apokalyptiker der Branche nicht, weil auch ihre Reaktionen im Angesicht der Katastrophe etwas seltsam Maßloses bekamen – ganz so, als ginge es darum, das Extreme des Ereignisses noch mit einer möglichst extremen Deutung zu überbieten und im Moment der Empörung irgendeine seltsame Form der Ekstase zu erleben. Der Journalismus existiere nicht mehr, er sei dabei, sich in eine "tote Hülle" zu verwandeln, so beispielsweise ein Journalist, der sich mit großer peinlicher Geste von seinen Berufsgenossen verabschiedete; der Journalismus sei abgestürzt, hieß es in anderen Kommentaren. Und jetzt, Tage nach der Katastrophe? Was wissen wir heute?

Offensichtlich geworden ist, dass die Berichterstattung in Zeiten der Katastrophe eine offene Flanke besitzt: Ungewissheit im Verbund mit einem Geschwindigkeitsrausch, der im digitalen Zeitalter eine neue Stufe erreicht hat und die böse Absicht gar nicht braucht. Diese doppelte Gemengelage – elementare Ungewissheit bei gleichzeitig gefordertem Sofort-Sendezwang – erzeugt unvermeidlich ein vierfaches Informationsvakuum, das die Grenzüberschreitungen der letzten Tage erklärbar (wenn auch nicht "besser") macht.

Wer meint, pausenlos berichten zu müssen, manövriert sich in ein *Nachrichtenvakuum* hinein, was dazu führt, dass man Pseudo-News präsentiert, aber doch vielleicht gar nicht wirklich Neues zu sagen hat. Was hilft es, wenn man gleichsam live erfährt, dass die Website von Germanwings gerade nicht erreichbar ist oder Stefan Raab beschlossen hat, seine Sendung ausfallen zu lassen?

Das Zusammentreffen von Katastrophe und rascher publizistischer Reaktion bedingt notwendig ein *Faktizitätsvakuum*: Man weiß wenig sicher, will aber doch Gewissheiten präsentieren. Das war das Problem der ZEIT-Titelgeschichte über die Lufthansa aus der vergangenen Woche (*Absturz eines Mythos*). Die Aufmachung legte, wie Leser monierten, eine Vorverurteilung des Konzerns nahe. Es ergibt sich überdies ein *Interpretationsvakuum*, das dann, wie geschehen, Experten der Luftfahrttechnik oder der Psychologie mit Spekulationen zur Absturzursache füllen. Schließlich erzeugt der Bilderhunger des Fernsehens und der Boulevardpresse notwendig ein *Visualisierungsvakuum*. Die Folge ist, dass man sich

möglichst rasch die Bilder beschafft, die man bekommen kann, um Ereignisnähe zu simulieren – vom weinenden Nachbarn bis hin zu dem Wohnhaus des Piloten und seiner Eltern in Montabaur.

Die schlechte Nachricht lautet also, dass die Mediengesellschaft eine angemessene Katastrophendidaktik, einen klugen Umgang mit der plötzlichen, der totalen Präsenz des Schreckens erst noch lernen muss. Es gilt in einer Zeit, in der uns aus einem globalen Pool der Daten und Dokumente täglich aufwühlende Bilder erreichen, auch auf Extremereignisse gleichermaßen besonnen und mitfühlend zu reagieren – sonst entsteht ein Stichflammen-Journalismus und eine gesellschaftliche Stimmung des letztlich folgenlosen Dauerentsetzens. Das heißt: Die Mediengesellschaft der digitalen Moderne braucht, paradox genug, Regeln zur Sicherung der Besonnenheit in besinnungslosen Zeiten. Sie muss dem emotionalen Extrem – sei es eine Flugzeugkatastrophe, ein Amoklauf, ein Enthauptungsvideo, ein Attentat – auf eine Weise begegnen, die nicht selbst in einem Extremismus der Erregung versinkt und sich in eine Art mentale Geiselnhaft des Schreckens begibt.

Allerdings: Das fordert sich leicht. Umgesetzt werden müssen derartige Ansprüche in einem Moment, in dem in vielen Redaktionen massiv gespart wird und völlig unklar ist, wie die Geschäftsmodelle der Zukunft aussehen.

Und doch gibt es auch in Zeiten ökonomischer Verunsicherung und eines sich verschärfenden Kampfes um Aufmerksamkeit eine Sehnsucht nach Aufklärung, Tiefenrecherche und entschleunigter Deutung – auch das haben die letzten Tage gezeigt. Zum einen ist mir kein Beispiel der jüngeren Katastrophenberichterstattung erinnerlich, das auch branchenintern so viel Kritik und Kopfschütteln ausgelöst hätte, so viele Debatten und öffentliche Diskussionen über unverpixelte Fotos, die Namensnennung des Piloten, die Macht und Moral der Medien.

Zum anderen hat sich das Medienpublikum selbst in einer bislang unbekanntem Unmittelbarkeit zugeschaltet. Das muss man nicht pauschal feiern, denn auch diejenigen, die sich da artikulieren, sind – wie alle Akteure in der öffentlichen Arena – anfällig für Manipulationen, Einflüsterungen, Stimmungen. Und doch verschieben sich hier die Machtverhältnisse. Selbst die Chefredakteure der größten deutschen Boulevardzeitungen sahen sich in der vergangenen Woche gezwungen, auf den Unmut im Netz zu reagieren. Noch watschte man die Einsprüche selbstbewusst als das Gerede von "Moralaposteln" ohne fundierte Medienkenntnis ab, aber schon allein der Zwang zur Auseinandersetzung macht deutlich, dass neben die vierte Gewalt des Journalismus heute die fünfte Gewalt der vernetzten vielen getreten ist, die Medien beobachten und kritisieren.

Das mag manchmal mühsam sein, mitunter brutal und ungerecht, aber auch inspirierend und lehrreich. Im Idealfall entsteht so – Schritt für Schritt – eine redaktionelle Gesellschaft (Cordt Schnibben**), die sich über ethisch-moralische Standards für eine neue Medienwelt verständigt und in ein großes Gespräch eintritt, das allen nützen kann. Im Angesicht der Katastrophe, aber auch in den Zeiten danach.

*Bernhard Pörksen ist Medienwissenschaftler an der Universität Tübingen.

** Cordt Schnibben ist Journalist beim Nachrichtenmagazin *Der Spiegel*.

Vorerst angekommen

Mit der Wahl Bodo Ramelows zum Thüringer Ministerpräsidenten ist die Linke endgültig in der Bundesrepublik gelandet. Es könnte der Anfang ihres langen Endes sein. Von Ludwig Greven.

31 Jahre dauerte es von den wilden Gründungstagen der Grünen 1980, bis einer ihrer Politiker 2011 Ministerpräsident von Baden-Württemberg wurde. Bei der Linken ging es ein paar Jahre schneller. Ein Vierteljahrhundert nach dem Zusammenbruch der DDR und der Umgründung der SED zur PDS, nachmals Linkspartei und nunmehr Die Linke, regiert jetzt erstmals einer der ihren in einem Ost-Bundesland. Und so wie die Regierungsbeteiligung die Ökopartei verändert hat, dürfte es auch der Linken gehen.

Denn bei allen Unterschieden der Parteien, sie haben manche Parallelen. Grüne wie Linke verstanden sich lange Zeit als radikale Alternative zu den etablierten Parteien. Maßgebliche Kräfte in ihren Reihen stellten jeweils das System infrage und wollten es durch ein antikapitalistisches ersetzen (bei der Linken wollen das immer noch einige). Und sie setzten dazu nicht auf konstruktive politische Mitarbeit, sondern sie verstanden sich als Vertreter außerparlamentarischer Interessen, die sonst kein Sprachrohr hatten.

Beide Parteien fusionierten im Laufe ihrer Geschichte mit anders gearteten Bewegungen aus dem jeweils anderen Teil des vereinten Landes. Bei beiden kam auch dadurch ein breites Spektrum von ehemaligen Kommunisten bis zu durchaus Konservativen zusammen. Und beide mussten erst schmerzhaft lernen, ihre idealistischen Vorstellungen der harten Wirklichkeit anzupassen – durch jahrelange Oppositionsarbeit und Regierungsbeteiligung in mehreren Ländern.

Selbstverständlich gibt es einen zentralen Unterschied: Einige Grüne mögen in ihrer linksextremen Vorzeit wirren Ideen angehangen und sich Schlachten mit der Polizei geliefert haben. Aber sie waren nie wie manche in der ehemaligen SED Teil eines Unterdrückungsapparates.

Integration ehemaliger Kommunisten

Dennoch zeigt die Tatsache, dass das ehemalige KBW*-Mitglied Winfried Kretschmann für die Grünen seit drei Jahren erfolgreich das strukturkonservative Baden-Württemberg anführt und der frühere DKP**-Sympathisant Bodo Ramelow als erster Linker seit Freitag das ähnlich strukturierte Thüringen, wie stark die Integrationskraft des politischen Systems in Deutschland ist. Stärker jedenfalls als der systemsprengende Gründungsimpuls beider Parteien.

Beide Wahlen waren im Vorfeld mit viel Aufregung verbunden, vor allem aufseiten der CDU, die in beiden Ländern nach einer langen Ära ihre Regierungsmacht verlor. Aus übergeordneter Sicht vollzog sich in ihnen jedoch ein wichtiger politischer Schritt: Aus früheren Protestparteien werden endgültig Mitwirkende im friedlichen Wettstreit politischer Ideen. Also genau das, was Demokratie ausmacht, für die vor 25 Jahren die Menschen in der DDR auf die Straße gingen.

Druck zur Veränderung

Die Linke wird das noch kräftig durcheinanderrütteln, so war das auch bei den Grünen. Denn manchen schmeckt das gar nicht. Gut möglich, dass auch bei ihr Mitglieder austreten werden und sich Gruppierungen abspalten wie die Kommunistische Plattform, wenn sie bald schon unschöne realpolitische Kompromisse verantworten muss, die sie dann nicht mehr auf einen größeren Koalitionspartner abschieben kann.

Denn jetzt steht die Linke in Erfurt selbst in vorderster Linie. Und das ist eine unbequeme Aufgabe, die sie stärker verändern wird als in der Vergangenheit. Der bis heute ungelöste Konflikt in ihrem Inneren zwischen eher sozialdemokratischen Pragmatikern, vor allem im Osten, und Linkssektierern vornehmlich, aber nicht nur im Westen, könnte dadurch zur Entscheidung getrieben werden.

Die Reformer wie Ramelow und der frühere Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch, aber auch Bundestagsfraktionschef Gregor Gysi hoffen natürlich, dass die Regierungsverantwortung in Thüringen dafür sorgt, den innerparteilichen Richtungskampf zu ihren Gunsten aufzulösen. Auch um damit Rot-Rot-Grün im Bund zu ermöglichen, vielleicht schon 2017. Ausgemacht ist das allerdings nicht. Einflussreiche Kräfte wie etwa die Linken-Ikone Sahra Wagenknecht und Teile der Bundestagsfraktion halten dagegen.

Aber selbst wenn sich Ramelow, Bartsch und Gysi durchsetzen, heißt das nicht zwingend, dass sich die Linke damit dauerhaft eine Rolle als gewichtige gesamtdeutsche Kraft sichern würde. Denn je mehr sie sich zu einer etwas linkeren sozialdemokratischen Partei anverwandelt, desto mehr wird sich die Frage stellen, wozu es sie neben einer durch eine gemeinsame Koalition wieder nach links rückenden SPD dann noch braucht. Wird sie womöglich langfristig nur noch ein spezieller ostdeutscher Ableger an SPD-Seite bleiben, ähnlich wie die CSU als bisweilen eigenwillige Schwesterpartei der CDU?

Am Ende könnte es sogar darauf hinauslaufen, dass die Linke an ihren unterschiedlichen politischen Vorstellungen zerbricht und sich ihr Reformflügel der SPD anschließt. Das gab es in der deutschen Geschichte schon einmal: 1922 in der historischen Fusion der USPD, einer linken Abspaltung der Sozialdemokraten in der Weimarer Republik. Der Triumph von Ramelow könnte so betrachtet der Anfang vom langsamen Ende der Linken sein. Zumindest ihres weiteren Aufstiegs.

DIE ZEIT Online, 6. Dezember 2014

*KBW: Kommunistischer Bund Westdeutschland (1973-85)

**DKP: Deutsche Kommunistische Partei (1968 gegründet)

Bahnstreik

„Nahles will die Lokführergewerkschaft auflösen“

Dietmar Neuerer

Berlin. Claus Weselsky und seiner Lokführergewerkschaft GDL läuft die Zeit davon. Denn das von Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) vorgelegte Tarifeinheitsgesetz war bereits in erster Lesung im Bundestag. Am Montag – zum Beginn der Streikrunde Nummer acht im Tarif-Dauerkonflikt zwischen der Deutschen Bahn und der GDL – folgte nun eine Experten-Anhörung im Arbeitsausschuss. Noch im Mai sind die abschließenden Beratungen geplant, so dass das umstrittene Gesetz möglicherweise schon zum 1. Juli in Kraft treten könnte.

Damit würden die Bemühungen der Gewerkschaft, ihren Einfluss bei der Bahn auf andere Berufsgruppen auszuweiten, jäh ausgebremst. Es sei denn, die GDL hat vorher Erfolg bei den Verhandlungen. Der Vorwurf Weselskys, die Bahn spiele mit ihren Angeboten auf Zeit, scheint vor diesem Hintergrund nicht ganz von der Hand zu weisen zu sein. Auch unter Experten und in der Politik wird ein Zusammenhang gesehen zwischen dem derzeitigen Rekordstreik und den Regierungsplänen für ein Tarifeinheitsgesetz.

Für den ehemaligen Chefs der Monopol-Kommission, Justus Haucap, liegt es auf der Hand, das deshalb die schwarz-rote Bundesregierung mitverantwortlich für die Eskalation im Tarifkonflikt bei der Deutschen Bahn ist. Die aktuellen Streiks seien in gewisser Weise bedingt durch die Einführung des Tarifeinheitsgesetzes.

„Einer der ganz wesentlichen Streitpunkte ist ja die Forderung der Lokführergewerkschaft GDL, nicht nur für Lokführer, sondern auch Zugbegleiter und Rangierführer eigene Verträge abzuschließen“, sagte der Direktor des Instituts für Wettbewerbsökonomie an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf dem Handelsblatt (Online-Ausgabe). „Nur wenn ihr dies gelingt, hat die GDL eine Chance auch nach dem Inkrafttreten des Tarifeinheitsgesetzes weiter zu überleben.“

Ähnlich äußerten sich Grünen-Fraktionschef Anton Hofreiter und der frühere CDU-Generalsekretär Heiner Geißler. Als Eigentümer der Bahn moderiere die Bundesregierung den Konflikt nicht, sondern ergreife einseitig Partei, sagte Hofreiter dem Südwestrundfunk (SWR). Zusätzlich gieße sie mit dem geplanten Tarifeinheitsgesetz „Öl ins Feuer“. Das Gesetz habe, obwohl es noch gar nicht in Kraft sei, schon eine ganze Reihe von Tarifkonflikten massiv verschärft. Es verführe die Gewerkschaften zum verstärkten Konkurrenzkampf. „Man kann diesen Arbeitskampf nur entschärfen, wenn die Bundesregierung ihren Gesetzentwurf über die Tarifeinheit zurückzieht“, sagte Geißler der Zeitung „Münchner Merkur“. Kleinere Gewerkschaften könnten ihr Streikrecht nicht mehr ausüben, wenn das Gesetz wie geplant in Kraft trete.

Mit dem Tarifeinheitsgesetz soll festgelegt werden, dass in einem Betrieb in einer Berufsgruppe keine voneinander abweichenden Tarifverträge gelten können. Dabei soll die sogenannte Mehrheitsregel greifen: Es ist dann nur der Tarifvertrag der Gewerkschaft anwendbar, die im Betrieb die meisten Mitglieder hat. Haucap sagte dazu, solange der Chef der GDL, Claus Weselsky, nur die Lokführer hinter sich bringe und keine anderen Bahn-Mitarbeiter, werde das das Ende für die GDL sein. „Die GDL streikt sozusagen um ihr Überleben. Ohne ein geplantes Tarifeinheitsgesetz würden wir garantiert jetzt nicht so heftige Streiks sehen.“ Das lasse sich insbesondere dadurch erklären, dass Arbeitsministerin Andrea Nahles „im Grunde indirekt Weselskys Gewerkschaft auflösen will“. Das Tarifeinheitsgesetz der Ministerin sei zwar aller Voraussicht nach „nicht verfassungskonform“, fügte Haucap hinzu. „Aber bis die GDL das durchgeklagt hat, dürften ein paar Jahre vergehen.“

Geißler bezeichnete den vorgelegten Gesetzentwurf von Nahles als „Frechheit“. Er werde ohnehin nie gültig werden, da er verfassungswidrig sei. Kleinere Spartengewerkschaften, aber auch große Arbeitnehmervereinigungen wie Verdi haben bereits Verfassungsbeschwerden angekündigt.

Ein viel besserer Ansatz wäre aus Sicht des Ökonomen daher gewesen, das Streikrecht „maßvoll“ an die Marktmacht von Gewerkschaften zu koppeln. „So wie marktmächtige Unternehmen nicht alles tun dürfen, was kleine Unternehmen tun dürfen, sollte man auch das Streikrecht anpassen, sodass auch eine besondere Machtfülle von Gewerkschaften nicht zu Lasten Dritter missbraucht werden darf“, erläuterte Haucap. „Die negativen Auswirkungen auf unbeteiligte Dritte, die nichts zur Lösung des Tarifkonfliktes beitragen können, müssten dann stärker berücksichtigt werden.“

Während es beispielsweise vertretbar erscheine, etwas länger auf die Auslieferung eines Autos zu warten oder die Supermarktkette einmal zu wechseln, hätten Bahnreisende oft nur schlechte Ausweichmöglichkeiten, insbesondere wenn Streiks recht kurzfristig angekündigt würden. „Ein komplettes Streikverbot wäre jedoch übertrieben und sicher auch nicht verfassungskonform“, ist Haucap überzeugt. „Eine maßvolle Anpassung des Streikrechts wäre aber möglich und auch sinnvoll.“

Derweil wird am Tag zwei des Lokführerstreiks das ganze Ausmaß des Konflikts deutlich. Besonders der Fernverkehr ist beeinträchtigt. Nach Angaben der Bahn fallen heute bundesweit etwa zwei Drittel der Fernverbindungen aus, im Regionalverkehr etwa ein Drittel. Besonders betroffen sind demnach die ostdeutschen Bundesländer sowie die Ballungsräume Berlin, Halle, Frankfurt am Main und Mannheim. Die Bahn veröffentlichte im Internet Ersatzfahrpläne. Der bisher längste Ausstand im Personenverkehr begann heute früh um zwei Uhr und soll bis zum Sonntagmorgen dauern. Der Güterverkehr wird bereits seit gestern Nachmittag bestreikt.

Eine Beilegung des Tarifstreits mit der Lokführergewerkschaft GDL scheint derzeit nicht in Sicht. Bahn-Personalvorstand Ulrich Weber sagte im Deutschlandfunk, man werde darauf beharren, in die Schlichtung zu gehen. Es gebe keine Argumente dagegen. Der Chef der Lokführer-Gewerkschaft GDL, Claus Weselsky, hatte jedoch eine auch von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel und Verkehrsminister Alexander Dobrindt geforderte Schlichtung schon am Montag abgelehnt. Aus der Union wurde daraufhin eine Zwangsschlichtung ins Spiel gebracht. Der Vize-Vorsitzende der Unionsfraktion, Michael Fuchs (CDU), sprach sich in der „Bild“ für die Einführung eines gesetzlichen Schlichtungsverfahrens im Bahn- und Luftverkehr aus. „Bevor gestreikt wird, sollen die Parteien miteinander reden – wie erwachsene Menschen.“ Fraglich ist jedoch, ob der Vorstoß im aktuellen Konflikt die Lösung bringen könnte.

Dass Handlungsbedarf besteht, zeigt auch der Umstand, dass der längste Streik in der Geschichte der Deutschen Bahn die deutsche Konjunktur bremsen wird. Die Kosten in dem aktuellen Bahnstreik könnten sich auf bis zu 750 Millionen Euro summieren, wie Konjunkturrexperte Stefan Kipar von der BayernLB sagte. Damit dürfe die Wachstumsrate des deutschen Bruttoinlandsprodukts (BIP) im zweiten Quartal um etwa 0,1 Prozentpunkte geringer ausfallen als ohne Streik. Insgesamt ändere der Bahnstreik zwar die positive Konjunkturerwartung in Deutschland nicht. Allerdings sei ein möglicher Reputationsverlust des Standorts Deutschland bei ausländischen Investoren ein großes Risiko. (...)

Pegida-Demonstration in Dresden

Die nützlichen Idioten

Für die regierenden Parteien sind die Anhänger von Pegida eine bequeme Opposition - denn die eigentlichen Fragen werden von ihnen nicht gestellt. Selbst Pegida-Sprecherin Kathrin Oertel spricht nur von einem Schlagersänger. Von Ingo Schulze.

Wenn ich nicht wüsste, dass Pegida "Patriotische Europäer gegen (die) Islamisierung des Abendlandes" bedeuten soll und ich stattdessen wüsste, dass Pegida auf die Vornamen von drei politisch engagierten Freundinnen anspiele (Petra, Gisela, Dagmar), die Montag für Montag eine Demonstration organisierten - ich wäre voller Sympathie und Interesse und würde hingehen. Denn auf die Frage, warum wir in Deutschland nicht viel häufiger auf die Straße gehen, habe ich keine Antwort.

Als ich mich am 12. Januar kurz nach 18 Uhr in warmer Kleidung dem Sammelpunkt näherte, bin ich irritiert. Die Stimmung hat etwas von einem Männertagsausflug im Winter. Ich sehe tatsächlich fast nur Männer, die meisten sind noch älter als ich. Die Jugend, sagt vorwurfsvoll einer der Alten, habe noch nicht kapiert, dass es ja hier um ihre Zukunft gehe. Immer mehr Fahnen werden herangetragen, Deutschland-Fahnen und die Fahnen der Bundesländer.

Auf einem Plakat steht: "Lieber heute aufrecht für Pegida als morgen auf Knien gen Mekka". Ihre Sorgen möchte ich haben, würde ich am liebsten sagen. Als der erste Sprecher zu reden beginnt, setzt schon bald nach den ersten Sätzen ein Sprechchor ein: "Wir sind das Volk! Wir sind das Volk!"

Mir fiel es schon im Oktober 1989 schwer, in Sprechchöre einzustimmen. Wenn der Redner etwas sagt, was der Chor missbilligt, gibt es "Pfui!"-Rufe, lobt er etwas ("Dresden zeigt, wie's gemacht wird!"), beginnen gleich wieder die "Wir sind das Volk!"-Rufe. Sie machen mir eine Gänsehaut. Ist es die Heiterkeit, die fehlt, die Offenheit, die es 1989 trotz der Angst gab? Als der Wind wieder die Deutschland-Fahnen flattern lässt und aus den Lautsprechern die Wörter Volk und Heimat scheppern, begreife ich mit einem Mal, dass ich die ganze Atmosphäre schon kenne!

Aber woher nur? Ja, so war es schon Ende 1989, und dann vor allem 1990, als die einen immer noch riefen: "Wir sind das Volk!", aber die anderen, die dann die Wahlen gewannen, riefen: "Wir sind ein Volk!". Ich würde gern mit Petra, Gisela und Dagmar reden. Ich würde ihnen gern sagen, dass hier etwas falsch läuft.

Dann höre ich den Forderungen zu, die bisher von der Presse, so sagt der Redner, nicht zur Kenntnis genommen worden seien. Sofort skandieren Tausende: "Lügenpresse! Lügenpresse!" Dann wieder der Redner. Erstens: qualitative Zuwanderung statt quantitativer, zweitens: Integrationspflicht für Ausländer, drittens: keine Einreise mehr für Dschihadisten, viertens: Volksentscheide, fünftens: ein gutes Verhältnis zu Russland, sechstens: mehr Geld für die Polizei.

Ich wundere mich über den Applaus und die Bravo-Rufe. Petra, Gisela, Dagmar, möchte ich sagen, das geht doch so nicht. Qualitative Einwanderung bedeutet, andere Länder bezahlen die Ausbildung unserer Spezialisten. An die Gesetze müssen sich alle halten, aber eine Integrationspflicht verstößt gegen das Grundgesetz. Dschihadisten müssen schon längst mit Verhaftung rechnen. Und Volksentscheide werden nicht erst seit heute gefordert. Und dafür, dass die Berichterstattung in Sachen Russland einseitig war, gibt es immerhin Entschuldigungen . . .

Aber wie kommt es, möchte ich Petra, Gisela und Dagmar fragen, dass diese sechs Punkte Woche für Woche so viele Menschen mobilisieren? (...) Dann spricht "unsere liebe Kathrin", die Pegida-Sprecherin Kathrin Oertel. Ich erwarte, dass sie jetzt deutlich werden wird. Sie wird jetzt das sagen, was ihr Vorredner versäumt hat und weshalb wir alle hier sind: Sie wird davon sprechen, dass mit dem Ausbruch der Finanz- und Bankenkrise im September 2008 offensichtlich wurde, dass das Gemeinwesen die Geisel jener ist, die jahrelang exorbitante Gewinne eingesteckt haben und einstecken.

Gleich wird sie sagen, dass die zunehmende Polarisierung der Gesellschaft Existenzängste schürt, die Polarisierung der Welt in

Arm und Reich jede Minute Menschen sterben lässt. Kathrin wird sagen, dass die sogenannten Freihandelsabkommen der EU mit den USA und Kanada (TTIP und Ceta) wie auch ähnliche Abkommen die Widersprüche zeichenhaft bündeln und eine nicht hinnehmbare Überantwortung von politischer und rechtsstaatlicher Souveränität an Konzerne bedeutet, ein erneutes Einknicken der Politik vor jenen, die den eigenen Profit über alles stellen. (...)

Aber nichts von all dem sagt unsere liebe Kathrin, gar nichts. Überhaupt ist es schwer zu wiederholen, was sie sagt. Meinungsfreiheit, unser schönes Dresden, Volk und vor allem ihre Enttäuschung über einen Herrn Kaiser, Roland Kaiser, der Schlagersänger ist gemeint. Der hat Kathrin ins Herz getroffen. Er hat gesagt, dass man statt Angst Neugier haben soll und solche Sachen. Roland Kaiser hat offenbar auf der offiziellen Gegendemo die stärkste Rede gehalten. Und dann sind die Reden schon vorüber. Und ich denke, jetzt ziehen sie alle los und haben gar keine Forderungen, die wirklich etwas mit ihrem Leben und ihrer Unzufriedenheit zu tun haben. (...)

Für konservative und regierende Parteien sind Pegida-Demonstranten eine bequeme Opposition, denn die eigentlichen Fragen werden nicht gestellt. Pegida sind die nützlichen Idioten. Mit dem Hinweis auf sie können Gesetze verschärft und kann grundsätzliche Opposition diskreditiert werden. Aber die Gegendemonstranten sind auch keine Hilfe, zumindest keine, die unsere Probleme besser formulierte.

Als zwanzig, dreißig junge Leute Polizei und Demonstranten überrumpeln, sich auf die Straße setzen als lebende Blockade und skandieren: "Es gibt kein Recht auf Nazi-propaganda" umstellt die Polizei sie, ein Ausreißer wird ziemlich unsanft eingefangen. (...) Trotzdem greifen die Vorwürfe der Gegendemonstranten zu kurz. Manche halten den Blockierern Plakate hin, die diese auch selbst gemacht haben könnten: "Keine Waffenexporte! Keine Flüchtlinge", "Volksabstimmung über NATO und EU" - Und plötzlich entsteht in mir ein Verdacht: Wenn sich beide Seiten nicht im feindlichen Gegeneinander erschöpften, sondern wechselseitig ihr Unbehagen am Status quo artikulierten - wie groß wäre die Zahl der Gemeinsamkeiten? Ich vermute, überraschend hoch. Die Empörung à la Grönemeyer ist wohlfeil. Dann schon lieber Roland Kaiser, der wirkt wenigstens, obwohl ich nicht die Hoffnung habe, Pegida würde ihren Namen bald als Petra, Gisela und Dagmar deuten.

Diese drei Damen traf ich dann allerdings tatsächlich noch, leider nicht in Dresden, sondern sechs Tage später am Potsdamer Platz in Berlin. Mit ihnen waren fünfzigtausend Demonstranten gekommen, doppelt so viele wie in Dresden. Und jetzt kam all das zur Sprache, was ich in Dresden vermisst hatte - und noch einiges mehr. "Lieber gegen TTIP demonstrieren, als mit Pegida flanieren!" Und während sich der Demonstrationszug in Richtung Kanzleramt in Bewegung setzte, dachte ich: Das müssten sie sehen, die Pegida-Dresdner, ihre Befürworter und ihre Gegendemonstranten.

Aber von diesen Demonstranten hörte und las man erstaunlich wenig. Alle Journalisten, mit denen ich in den letzten Tagen sprach, wussten kaum, was ich meinte, wenn ich die fünfzigtausend (oder mehr) Demonstranten erwähnte, die ohne nennenswertes Polizeiaufgebot gegen die Politik der Bundesregierung auf die Straße gegangen waren. Hier wurde die Alternative sichtbar. Wir alle hätten nur hinzuhören und hinschauen müssen. Ja, müssen. Dass dies nicht geschah, darüber wundere ich mich - auch wenn mich Petra, Gisela und Dagmar dafür vielleicht belächeln.

Doch, sie haben uns befreit

Trotz des Zerwürfnisses mit Putin will der Bundespräsident der russischen Soldaten gedenken.

Von Matthias Geis.

Die Krise zwischen Russland und dem Westen verhindert in diesem Jahr das gemeinsame Gedenken zum Ende des Zweiten Weltkriegs. Und doch scheint es, als werde der Jahrestag eher noch ernster genommen als zu Zeiten west-östlichen Einvernehmens. Die schwierige Aktualität schärft die Erinnerung. Siebzig Jahre nach dem Ende des Krieges ist der europäische Frieden nicht mehr selbstverständlich. Und hinter dem aktuellen Zerwürfnis mit Russland sticht das historische Unheil noch drastischer hervor, das die Deutschen im Zweiten Weltkrieg über die Sowjetunion brachten.

Das Unverständnis gegenüber der aktuellen russischen Politik macht die Erinnerung an die ungeheuren Opfer, die das Land im Krieg gegen Hitler-Deutschland erbringen musste, eher noch verstörender. "Am 8. Mai 1945 sind wir befreit worden", erinnerte Joachim Gauck dieser Tage, "nicht nur, aber auch durch die Völker der Sowjetunion. Deshalb schulden wir ihnen Dankbarkeit und Respekt." Dass der Bundespräsident schon vor den Feierlichkeiten in einem Interview mit der *Süddeutschen Zeitung* angekündigt hatte, er wolle das Leid der sowjetischen Völker und die Opfer ihrer Soldaten in den Mittelpunkt seines Gedenkens rücken, wirkt angesichts der Verbrechen des deutschen Vernichtungskrieges gegen die UdSSR durchaus einleuchtend.

Aber auch ein wenig überraschend. Schließlich fällt einem so leicht kein deutscher Spitzenrepräsentant ein, dessen Verhältnis zu Russland biografisch wie politisch problematischer erscheint als das des Bundespräsidenten. Als Gauck elf Jahre alt war, wurde sein Vater vom sowjetischen Geheimdienst verschleppt und jahrelang in einem sibirischen Lager gefangen gehalten. Und die Unfreiheit, die Joachim Gauck in der DDR erlebte, resultierte aus dem Herrschaftsanspruch, den die Sowjetunion jahrzehntelang über den östlichen Teil Deutschlands erhob.

Ziemlich bruchlos scheint sich dieser Erfahrungshintergrund zu der kompromisslosen Haltung zu fügen, die der Bundespräsident gegenüber dem aktuellen russischen Regime einnimmt. Sein Treffen mit Wladimir Putin 2013 in Berlin verlief in frostiger Atmosphäre, sein Entschluss, die Einladung zu den Olympischen Spielen in Sotschi auszuschlagen, geriet zum Affront. Und ausgerechnet die Feierlichkeiten zum 75. Jahrestag des Kriegsbeginns im Herbst vergangenen Jahres in Danzig nahm Joachim Gauck zum Anlass, vor russischer Aggression zu warnen und eine Parallele zwischen dem Ukrainekonflikt und dem Appeasement der dreißiger Jahre gegenüber Hitler-Deutschland zu ziehen. In deutschen Medien wurde er dafür heftig kritisiert. Von politischer Instinklosigkeit bis zum Rückfall in die Mentalität des Kalten Krieges reichten die Vorwürfe.

Man könnte also vermuten, Gaucks Gedenken an die sowjetischen Leiden und Opfer des Weltkriegs sei nun eine Art kompensatorisches Gegenprogramm. Solche Unterstellungen würde er zurückweisen. Es hieße ja auch, sein Erinnern in die Sphäre des Taktischen zu ziehen und den Kern seines Anliegens infrage zu stellen.

Es gebe noch heute "Erinnerungsschatten", sagt der Bundespräsident, die in einem Land, in dem seit Jahrzehnten die Aufarbeitung der NS-Zeit recht intensiv betrieben wird, besonders auffallen. In einem solchen Schatten sieht Gauck die sowjetischen Kriegsgefangenen und das, was ihnen angetan wurde. Deren "grauenhaftes Schicksal", Gauck nennt es "eines der größten deutschen Verbrechen des Zweiten Weltkriegs", sei bis heute nicht angemessen ins Bewusstsein gedrungen.

In der Gedenkstätte Schloss Holte-Stukenbrock bei Bielefeld, wo in einem sogenannten Stammlager bis Kriegsende sowjetische Gefangene zu Zehntausenden interniert waren und umgekommen sind, erinnert Gauck nun daran. Er spricht von den insgesamt etwa 5,3 Millionen sowjetischen Soldaten in der Gewalt der Wehrmacht, von denen nicht einmal die Hälfte überlebt habe. "Millionen von Soldaten der Roten Armee sind in deutscher Kriegsgefangenschaft ums Leben gebracht worden, sie gingen an Krankheiten elendig zugrunde, sie verhungerten, sie wurden ermordet."

Gauck ist kein Freund der Vereinfachung. Der Ernst seines Erinnerns kommt auch darin zum Ausdruck, dass er selbst in den Tagen des Gedenkens die Schattenseiten des sowjetischen Sieges über Nazideutschland nicht unerwähnt lässt: die Besatzungs- und Expansionspolitik nach dem Krieg, die Errichtung einer kommunistischen Diktatur mit Rechtsferne, Unfreiheit und Unterdrückung in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands. Das aber habe vielen Deutschen, die nach dem Krieg die Verbrechen gegenüber den Soldaten der Roten Armee nicht sehen wollten, als Bestätigung für das Wegschauen gedient.

Nun, siebzig Jahre nach Kriegsende, wirbt der Bundespräsident nicht nur dafür, unser Vorstellungsvermögen zu aktivieren und unsere historische Kenntnis zu erweitern. Gauck wirbt für "eine wirkliche Empathie, ein wirkliches, unser Inneres, Herz und Seele bewegendes Gedenken" an das Leid der sowjetischen Soldaten.

Und auch die deutsche Kanzlerin belässt es ja nicht einfach dabei, am 9. Mai den Moskauer Feierlichkeiten inklusive militärischer Machtdemonstration auf dem Roten Platz fernzubleiben. Einen Tag später ehrt Angela Merkel im Beisein Putins das Andenken der sowjetischen Opfer der deutschen Aggression.

Distanz und Respekt sind die Formen, in denen das Schwierige und das Besondere der deutsch-russischen Beziehungen in diesen Tagen zum Ausdruck kommen.

Protestalgie

Die AfD bleibt eine kurzlebige Protestpartei. Es sei denn, die CDU macht alles falsch. Von Nikolaus Blome.
DER SPIEGEL Nr. 38/2014 (15. September 2014)

(...) Was ist die AfD? Kurzlebige Protestpartei oder eine neue politische Kraft? Wer nach einem angemessenen Umgang mit dem vollmundigen Anspruch sucht, den die Alternative für Deutschland im Namen trägt, muss die Frage beantworten.

Ins Europaparlament und in den sächsischen Landtag haben es die Eurokritiker mit stattlichen Ergebnissen geschafft. Entsprechend zuversichtlich zogen sie in die Wahlkämpfe in Thüringen und Brandenburg. Aber man hat schon viele Kleinparteien gesehen, die am linken, vor allem jedoch am rechten Rand des Spektrums rasant aufstiegen und wieder verschwanden. Für ihr Kommen und Gehen gab es zu unterschiedlichen Zeiten unterschiedliche Gründe. Fast allen wurde anfangs zugetraut, die Parteienlandschaft auf Dauer verändern zu können, zumindest regional.

So ist es nun auch mit der AfD. Sie bedroht eine der letzten Gewissheiten der Union: dass rechts von ihr keine demokratische Partei existiert. Für Selbstverständnis und Selbstverortung der Christdemokraten wird das Folgen haben; CDU-Chefin Angela Merkel muss mit unruhigen Zeiten rechnen.

Auf den ersten Blick spricht nämlich einiges dafür, dass die AfD nicht den Weg kurzlebiger Politgruppierungen geht, zu groß erscheinen die Unterschiede: Ihre äußerlichen Attribute wirken bieder. Dauerwelle und Scheitel prägen das Erscheinungsbild, nicht Rastalocken oder Kahlrasur. Die innere Führung ist straff: der öffentliche Auftritt der Chefs meist moderat im Ton. Natürlich schwimmt viel politisches Treibgut mit der neuen Partei, krakeelende Querulanten, Verschwörungstheoretiker und andere seltsame Gestalten. Aber es macht sich zu einfach, wer diesen Narrensaum der Partei für deren Ganzes nimmt.

Die AfD formuliert überwiegend Fragen, die weder völlig weltfremd noch irrelevant sind. Auch fehlt ihr das grundlegend Systemkritische, das herkömmlichen Protestparteien eigen ist. Anders als die Piraten will die AfD nicht alle Politikverfahren neu erfinden, sie steht zur repräsentativen Parteiendemokratie, wie wir sie kennen. Anders als die Grünen in ihrer Anfangsphase will die AfD auch keinen grundlegend anderen Politikstil, weder innerparteilich noch in den Parlamenten. Dass die AfD die etablierte politische Konkurrenz gern als Altparteien abtut, ist nur Protestkolorit. Bei der Auswahl der Mittel und Personen ähnelt die AfD den „Altparteien“ sehr. Und sie steht dazu. Trotzdem lohnt ein zweiter Blick. Tiefer liegende Wesenszüge machen die AfD zu einer Protestpartei, deren dauerhaftes Überleben weitaus weniger wahrscheinlich ist als das Gegenteil.

Die Alternative für Deutschland, daher der Name, ist geboren aus der Überzeugung, dass den Euro zu retten kein Imperativ oder Selbstzweck sei und deshalb keineswegs so alternativlos wie von der Kanzlerin behauptet. „Not kennt kein Gebot“ ist ein Satz, den Angela Merkel öffentlich zwar nie sagen würde, aber danach gehandelt hat sie in der Krise manches Mal trotzdem. Die Euroverträge wurden wenn nicht gebrochen, dann doch massiv gedehnt. Das trieb der AfD die Anhänger zu.

Von alldem hat sich die Partei mit bemerkenswerter Geschwindigkeit entfernt, seitdem die Eurokrise abgeklungen ist. Im Vordergrund steht nun eine Programmatik, die an jene der CDU von vor zwei Jahrzehnten erinnert. Damit macht sich die AfD zum politischen Fluchtpunkt von Sehnsüchten und Ängsten, die eine zentrale Gemeinsamkeit haben. Sie richtet sich gegen bereits eingetretene Veränderungen in Politik, Privatleben oder Gesellschaft und will sich weiteren in den Weg stellen. Man beklagt die Aufwertung anderer Lebensentwürfe jenseits der klassischen Ehe und den vermeintlich ungezügelter Zuzug von Ausländern, die angeblich laxer Verfolgung alltäglicher Kriminalität, die Aufweichung von Bildungsstandards oder eine mittelstandsfeindliche Staatsbürokratie. (...)

Die Alternative für Deutschland bündelt also vielfältigen Protest, dessen gemeinsamer Nenner nicht Inhalt ist, sondern Haltung.

Die AfD ist Protestalgie, eine Mischung aus Protest und Nostalgie.

Zweierlei bricht sich dabei Bahn. Das Unbehagen am Tempo, mit dem sich Verhältnisse wandeln und Bewährtes zur Disposition gestellt wird. Und zweitens die in Wut umschlagende Ohnmacht gegenüber Politik und Medien, die sich gegen das gesunde Bürgerempfinden geradezu verschworen hätten, indem sie der Veränderung nicht Einhalt geböten, sondern sie noch befeuertem.

Nach allem, was man weiß, zählen die Wähler der AfD, in Westdeutschland zumal, nicht zu den Verlierern des wirtschaftlichen Wandels. Laut einer Forsa-Erhebung verfügt fast die Hälfte der AfD-Anhänger über ein Haushaltsnettoeinkommen von 3000 Euro monatlich oder mehr, 55 Prozent haben Abitur und / oder studiert. Bestimmt kennen sie nicht alle Theodor Fontanes „Stechlin“, aber ihr Denken ist darin in zeitloser Klarheit erfasst: „Lieber mit dem Alten, so weit es irgend geht, und mit dem Neuen nur, so weit es muss“, sagt der alte Dorfschullehrer im Brandenburgischen des 19. Jahrhunderts da. Und mindestens jene, die man in der AfD ernst nehmen darf, würden sagen: Sehr viel von dem, was Angela Merkels CDU in den vergangenen Jahren für ein Muss des Neuen gehalten hat, war es nicht. Nicht das Ende von Wehrpflicht und Hauptschule, nicht die neue Beliebigkeit des Familienideals, nicht die Öffnung des Landes für Millionen Ausländer und erst recht nicht die Rettung des Euro.

Nun hat sich die CDU nicht in der Absicht verändert, ihre Stammwähler zum Teufel zu jagen. Sie tat es, mitunter sogar recht spät, weil die Führung den Kontakt zum gesellschaftlichen Wandel abreißen sah, was jede Volkspartei in Gefahr bringt.

Reicht aber, was die Union dabei an ehemaligen Anhängern zurückgelassen hat, als Stammwählerschaft für eine neue Partei? Vermutlich nicht. Wahrscheinlicher ist, dass die AfD nur kurzzeitig der bürgerlichen Triebabfuhr dient, ein nennenswerter Teil ihrer Wähler nicht immerzu den Mond anbellern möchte – und sehr wohl weiß, dass die AfD den Wandel nicht aufhalten kann.

Grüne und Linke hingegen schafften, bei sehr unterschiedlicher Ausgangsposition, die Entwicklung von der Protestpartei zur Dauerpräsenz in den Parlamenten. Was sie hatten, der AfD aber fehlt, ist dies: eine kollektive Erfahrung, die sie verbindet, und ein gesellschaftlicher Unterstrom, der sie trägt. Bei den Grünen waren das die Anti-Atom-Bewegung und die stetig wachsende Akzeptanz ökologischer Bedenken in Wirtschaft und Gesellschaft. Bei den Linken waren es die DDR-Biografie, der nach dem Mauerfall durchlittene Umbruch aller Lebensverhältnisse und später, bei der Ausdehnung nach Westdeutschland, der Widerstand gegen die Hartz-Reformen oder den Kapitalismus schlechthin.

Eine solche Basis hat die AfD nicht. (...) Bleibt das Fazit: Den kurzen Weg der Piraten in den Untergang wird die AfD nicht gehen. Den langen der Grünen bis in den Bundestag aber auch nicht. Vielleicht schafft sie es, sich in einigen Bundesländern so festzusetzen wie die Freien Wähler in Bayern.

Es wird davon abhängen, wie viele Fehler die Union im Umgang mit der neuen Partei macht. (...) Warum nicht auch der AfD Koalitionen anbieten, wenn die Partei zuvor von ihrer Ablehnung des Euro ablässt, von der kaum verhohlenen Fremdenfeindlichkeit und einigen reaktionären Akzenten ihres Familienbilds? Solche Koalitionsangebote nähmen der AfD den letzten Punkt, der sie als Protestpartei ausweist: die Selbstinszenierung als vermeintliches Opfer eines Berliner Politikkartells, das allein um die eigenen Pfründen besorgt sei. „Wir allein gegen die alle“, das ist vermutlich das stärkste Band, das die AfD zusammenhält. Wer es zu lösen vermag, reduziert die Alternative für Deutschland auf ihre höchst widersprüchlichen Bestandteile. Und dann ist sie weg.

Bürgerrecht auf Unvernunft

Unsere Freiheit besteht auch darin, dass der Staat uns nicht vor uns selbst schützt.

Der Bundesgerichtshof hat entschieden: Eine Radfahrerin, die bei einem Unfall am Kopf verletzt wurde, trifft keine Mitschuld, nur weil sie ohne Helm fuhr, als sie gegen ein Auto prallte. Eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Schließlich gibt es kein Gesetz, das Radfahrern vorschreibt, einen Helm zu tragen. Doch in einer Zeit, in der überfürsorgliche Politiker die Feuerfestigkeit von Unterhosen normieren und sogar Marzipanzigarren verbieten, muss man den Richtern dankbar sein, dass sie den Bürger wenigstens diesmal vor dem Nanny-Staat in Schutz nehmen. Radfahrer dürfen auch in Zukunft ihre Haare im Wind wehen lassen, so unvernünftig und gefährlich es auch sein mag.

Der Staat hat nicht das Recht, das Individuum umfassend vor sich selbst zu beschützen. Bedauerlicherweise fällt es ihm zunehmend schwer, sich daran zu halten. Regierungen in Deutschland neigen schon länger dazu, den Bürgern Vorschriften für eine korrekte Lebensführung zu erteilen. Gerade die Große Koalition aus CDU/CSU und SPD ist eine Koalition der Moralapostel und Sozialingenieure. Einige ihrer Vertreter glauben, sie wüssten besser als der Bürger, was gut für ihn ist. Sie leiten ihn beim Einkaufen und im Straßenverkehr, zu Hause und in der Freizeit, sie behüten, schubsen, motivieren und moralisieren.

Der Bürger gilt als betreuungsbedürftiges Mängelwesen, so lässt sich der Koalitionsvertrag lesen. Vom Leitbild des mündigen Verbrauchers hat sich die Regierung schon verabschiedet. Das habe mit der Realität wenig zu tun, sagt der zuständige sozialdemokratische Minister Heiko Maas. Anstatt am mündigen Konsumenten orientiert er sich am verletzlichen Verbraucher.

Aber ein Staat, der versucht, seine Bürger von allen Gefahren fernzuhalten, ist kein freiheitlicher Staat. Angenommen, es wäre richtig, Radfahrern den Gebrauch eines Fahrradhelms vorzuschreiben, um sie vor Kopfverletzungen zu bewahren, wozu ein Helm zweifellos geeignet ist. Warum dann beim Kopfschutz aufhören? Was ist mit Mund, Nase und Kinn? Braucht es nicht mindestens noch Handschuhe? Ellbogenschützer? *Wirbelsäulenprotektoren? Eine schwedische Firma hat eine **Halskrause für Radfahrer entwickelt, die sich im Falle eines Sturzes selbsttätig aufbläst; der Einführung einer Airbag-Pflicht für Radfahrer stünde also technisch nichts im Weg.

Jede Schutzvorschrift zieht automatisch die Forderung nach weiteren Interventionen nach sich. Kaum müssen die Radfahrer einen Helm tragen, sind Skifahrer und Skateboarder an der Reihe. Sicherheitsbedürfnisse seien

"strukturell unstillbar", warnte einmal der Verfassungsrichter Winfried Hassemer, es passe immer noch eine Schippe Sicherheit in den prall gefüllten Sack. Und wenn wir schon mal dabei sind: Wo bleibt der Schutz des Geistes? Sind Seele und Verstand etwa weniger schutzwürdig als Haut und Knochen? Wer den Menschen in seiner Gesamtheit begreift, kann hier eigentlich nicht haltmachen.

Zugegeben: Über die Frage, ob der Einzelne durch sein Verhalten nur sich selbst gefährdet oder ob er andere in Mitleidenschaft zieht, lässt sich streiten. Die Befürworter einer Helmpflicht für Radfahrer wenden ein, dass Unfallopfer, die mit zertrümmertem Schädel im Krankenhaus liegen, auch die Solidargemeinschaft der Krankenversicherung strapazieren. Ähnlich lauten Argumente für das geplante Verbot von Mentholzigaretten oder für die Einführung der sogenannten Lebensmittelampel, mit der die Verbraucher vor allzu fettigen, salzigen oder zuckerhaltigen Produkten gewarnt werden sollen. Ungesunder Lebenswandel verursache externe Kosten, so die Begründung. Deshalb sei es richtig, dass der Staat die Freiheit des Einzelnen beschränke.

Das klingt zunächst plausibel. Doch bei genauer Betrachtung lösen sich die externen Kosten häufig in Luft auf. Die Einführung einer Helmpflicht für Radfahrer hat in Ländern wie Australien Nachteile gebracht. Die Zahl der Radfahrer ging zurück, ihr Unfallrisiko stieg, teils weil der Helm zu rasanter Fahrweise verführte, teils weil Autofahrer weniger Rücksicht auf Helmträger nahmen.

Auch Raucher und Dicke sind keine Belastung für den Sozialstaat. Sie sind, rein finanziell, sogar ein Segen für jede Kranken- und Rentenkasse, im Gegensatz übrigens zum durchtrainierten und damit wohl länger lebenden Gesundheitsapostel.

Freiheit wird dem Bürger nicht gewährt oder geschenkt. Sie gehört ihm, er sollte sie sich einfach nehmen, und was er dann mit seiner Freiheit macht, geht niemanden sonst etwas an. Wo kein anderer zu Schaden kommt, ist die Freiheit des Einzelnen grenzenlos. Versuchter Mord ist strafbar, versuchter Selbstmord nicht. In eigener Sache ist das Individuum die erste und die letzte Instanz.

Auf den britischen Philosophen John Locke geht die Idee vom "self-ownership" zurück, vom Eigentum des Menschen an sich selbst. Dieses Eigentum ist ein wertvoller Schatz. Er ist es wert, dass wir ihn verteidigen.

* die Wirbelsäule : la colonne vertébrale

** die Halskrause : la minerve

